

Österr. Republik
Im Einzelvertrieb
K 500.—
monatl. festschriftlich
K 15.000.—

Schriftleitung:
Wien, III., Holzgasse 20
Tel.: Aut. 42-3-36.
Verwaltung
Inschriften-Aufnahme:
Wien, III., Holzgasse 20
Tel.: Aut. 42-3-53.

Die Neue Zeitung

Anabhängiges Tagblatt.

Das Blatt erscheint täglich einmal um 6 Uhr morgens. Montag erfolgt die Ausgabe um 11 Uhr mittags.

Österr.-Ungarische Republik
40 Cr.-sl. Heller
Monatsabonnement
12 Cr. Kronen
Stadtbüro
am "Kleinen Anzeigen"
am "Abonnement".
Wien I., Schusterstraße 19
Tel.: Aut. 77-0-01.
Postgeschäfts-Büro:
der "Kleinen Anzeigen" 1000 Wien
24 Cr. Postage.
Telegraphen-Nr. 1000 Wien
24 Cr. Postage.

Nr. 282

Wien, Sonntag, den 14. Oktober 1923

16. Jahrgang

Die deutsche und polnische Krise.

Revolutionäre Strömungen und Attentate in Rumänien. — Eine monarchistische Bewegung in der Türkei.

Wien, 13. Oktober.

Riches charakterisiert so deutlich die engen Zusammenhänge der mitteleuropäischen, österreichischen sowie balkanischen Probleme, als die sich immer wiederholende Tatsache, daß beispielhaft jeder Aufzähler der deutschen Krise als Begleiterscheinung betrübliche Nachrichten auch aus anderen Staaten, sei es Osteuropa, sei es des Balkans folgen. Noch hat sich die Situation Deutschilands nach seiner Rückung hier gestärkt und nur die einzige Tatsache sich als feststehende ergaben, daß

die Krise des alten Preußen-Deutschland — im Sinne der Bismarck-Hohenzollernischen

Politik — abgelaufen ist

und noch ist die Gefahr des Bürgerkrieges nicht geschwunden. — — —

Aber schon kommen beruhigende Nachrichten auch aus Warschau, Bukarest sowie Angora, daß es auch in Polen, Rumänien und der Türkei bedeckt gärt, genau in wie in Bulgarien und Jugoslawien. Was vor allem die politische und wirtschaftliche Lage in Polen betrifft, so wird sie durch neue Minister sowie Parlamentskreise, die Versplittung der politischen Parteien, den zunehmenden Chauvinismus, Antisemitismus sowie Bolschewismus und vor allem durch das Sinken der Polenmark und die Verdrängung der Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Die polnische Wirtschaft und die brutale polnische Nationalitätspolitik, die bereits zur Bildung eines nichtpolnischen Nationalitätsblocks im Warschauer Parlamente führte, verstimmt überall, auch in Paris. Die Tatsache, daß Polen von Frankreich um einen Industrie-Kredit bekommt, wird den Stand der polnischen Mark kaum verbessern, deren Zustand unter anderem auch auf das Gericht zurückgeführt wird, daß das Ministerium Wiss. demokratisches demissionieren werde und der aus dem deutschen Parlament als „eurasiatischer Deutschefreund“ bekannte Korsakow mit der Neubildung der polnischen Regierung und — Ausschreibung von Neuwahlen betraut werden soll. Jenseits nach innen, nach außen nur aus die mittlere Bundesgenossenschaft Frankreichs sowie des ebenfalls tödlichen Rumäniens angewiesen.

geht Polen einer Katastrophe entgegen, wenn man in Warschau nicht den Kurs in nationaler sowie wirtschaftlicher Hinsicht ändert.

Dasselbe gilt auch von Rumänien, wo nach den neuesten Bukarester Meldungen eine

Berichtigung gegen mehrere Minister erachtet, Waffen- und kompromittierendes Material beschlagnahmt sowie acht Personen verhaftet worden seien.

Mag auch die Bedeutung dieses Komplotts nicht überschätzt werden, es ist ein Symptom des in Rumänien ebenso wie in Bulgarien und Jugoslawien sich täglich steigerenden Chaos.

Welche Stimmung in Rumänien gegen die oligarchische Wirtschaft der jetzigen Bukarester Machthaber herrscht, charakterisieren viele Ausführungen im rumänischen Parlament. Der Führer der rumänischen Bauernpartei Mihaiache drohte, daß die Zeit nicht fern ist, wo der König die Verantwortung für seine Ratgeber tragen wird. In Bukarest befürchtet man nun, daß die separatistischen Befreiungen in Beogradien, Siebenbürgen und in der Bukowina sowie die Bauernbewegung in Bulgarien und Jugoslawien und schließlich

die Mostauer Emigräre starkend auf die rumänische Bauernbewegung wirken und auf diese Weise eine Revolution herbeiführen könnten.

Den Anlaß würden Verwicklungen am Balkan bilden, die zur Abweichung ihres Ausgangspunktes von Konstantinopel oder Athen führen könnten.

Die neue österreichische Republik ist noch nicht konstituiert und schon meldet man von Anzeichen einer

starken Konterrevolution zur Wiederherstellung der türkischen Monarchie, von Truppenrüstungen, von einem Bündnis mit Bulgarien sowie Albanien und der gesamten moskomanischen Welt in Asien und Afrika.

Russland aber wählt im geheimen und wortet auf die Gelegenheit, gegen den Balkan vorzugehen und zu diesem Zweck gegen Rumänien und Polen die ukrainische Frage auszu spielen. Bereits hat die ukrainische Räterpublik ihre Forderungen nach nationaler Autonomie für alle Ukrainer Polens, Errichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg, Amnestie für alle vertriebenen Ukrainer erhoben, und in das ukrainische Problem zu ziehen — internationale gemacht. Wenn Warschau und Bukarest die ukrainische Frage wie bisher ignorierten, so ebnen sie den russischen Truppen den Weg nach Polen und Rumänien und werden so hilflosig eines neuen Maßstabes.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag angenommen.

Berlin, 13. Oktober.

Das Ermächtigungsgesetz ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Kurz vor der unanständigen Abstimmung verließen die Deutschen Nationalen und die Kommunisten den Saal, die Sozialdemokratie blieb jedoch auf ihren Plätzen. Auch die Sozialdemokratie war fast vollständig vertreten, nur einige Abgeordnete als unentwegte Opposition nahmen an der Abstimmung nicht teil. Abgegeben wurden 347 Stimmen, also mehr, als die gefestigte Zweidrittelanzahl beträgt; davon Stimmen 316 mit Ja, 24 mit Nein und seben Abgeordnete erhielten sich der Stimme. Ganz bedeutend fiel es im Saale auf, da die Abgeordneten Stimmen und Boote blaue Stimmenthal abgegeben hatten, sich also der Abstimmung enthielten.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde von einigen Abgeordneten mit Pfeifzügen ausgenommen, was wieder lebhafte Beifall bei den Sozialdemokratischen auslöste. Reichskanzler Dr. Spreewaldt wurde von zahlreichen Abgeordneten zu dem überaus guten Abstimmungsergebnis sehr beglückwünscht.

Kein Einspruch Boherns.

Unmittelbar nach der Reichstagsöffnung traf heute der Reichstag zusammen und erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nach dem Beschlüsse des Reichstages einverstanden. Für Bayern erklärte Gesandter Dr. Preger, daß Bayern an seinem absehenden Standpunkt festhalte, angelehnt an die Tschadre jedoch auf einen Kurs auf Ergebung des Einspruchs verzichte. Minister Süßmann erklärte, daß die Regierung, bevor sie auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wichtige Entscheidungen fasse, die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates hören werde.

Im Verordnungsweg.

Beschlusseinführung über die Währungsfrage. — Gegen die Preisstabilisierung. — Einschränkung des Arbeitertätidungsschutzes. — Unterjährige Erwerbstätige müssen öffentliche Arbeit leisten.

Das Reichskabinett wird in einer für Montag ausberamten Sitzung über die Währungsfrage Beschuß fassen.

Gehört vielleicht an das Reichskabinett mit der Bekämpfung der Preisstabilisierung auch Marcell und Preiskonventionen und belohnt, eine neue Ver-

ordnung über die Eintheilung von Arbeitnehmern sowie über die Betriebschließung an, die einen Abstand der Betriebsaufnahmen voneinander vom Februar und November 1920 beobachtet, herauszugeben. Durch die neue Verordnung wird die Betriebsaufnahme der Arbeitnehmer angehoben, die Arbeit zu kreuzen, wenn sie noch nur einzelne Arbeitserfolgen wollen. In einer zweiten Sitzung von vier Wochen, die der Stilllegung oder Einschränkung des Betriebes vorausgehen müßt, dürfen Entnahmen nur mit Zustimmung des Betriebs erfolgen. Während der zweiten Sitzung kann die Dauerung der Arbeitserfolgen bis zu 21 Stunden angeordnet werden.

Eine weitere Verordnung reicht die Eintheilung von Betriebsangehörigen an, die in den finanziellen Mitteln des Landes in dem Maße verlastet werden soll, als dies aus politischen und sozialen Gründen unerlässlich ist. Die Betriebsangehörigen haben für die Unterhaltung namentlich die Arbeit zu leisten. Jugendliche Betriebsangehörige müssen sich an den Einrichtungen für die Fortbildung beteiligen. Die gemeinsame Mehrheit am parlamentarischen Ende zu erlassenden Gesetzen über die Arbeitslosenversicherung vorbehalten.

Ein Aufruf gegen die Unternehmer-Diktatur.

Berlin, 13. Oktober. Der "Vorwärts" veröffentlicht einen Brief des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Reichsbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gegen die Unternehmer-Diktatur. Es wird darin erklärt, daß die Gewerkschaften zum Kampf bereitstehen und nicht zögern werden, die ganze Macht der verdeckten Arbeiterschaft einzunehmen, um einen Kampf zu vereiteln, an dem die politischen Illusionen und der machthabenden Zirkel in die alten Herrscherrechte übertragen werden, in denen sie liegen, die das deutsche Volk das ein nie aktiver bestätigt habe.

Wachsende Unruhen im Rheinland.

Französische Meldungen über Tote und Verwundete.

Paris, 13. Oktober. Wie die Agenten Havas aus Düsseldorf melden, wäre es bei den Unruhen in Solingen 11 Tote und 35 Verletzte gegeben.

Solingen, 12. Oktober. Heute vormittags sind wieder in verschiedenen Straßen Angriffen auf Polizei stattgefunden. In einer Blünder wurden Schäden entdeckt. Nachmittags mußten durch berüttelte Polizei gerechte Menschenentnahmen vor dem Polizeiauto reagiert werden. Gegen 7 Uhr abends versammelte eine große Zahl von Arbeitern in den Betrieben vor dem Zentralbahnhof der Vorwerke. Hier mußten die Polizisten von der Siegburg-Schwanewegsche Gebankt machen. In der Siegburgsche wurde die Polizei aus den Häusern mit allgemeinem Schußwaffengefecht vertrieben. Auch hier wurde von der Polizei Schußwaffengefecht gefahren.

Karlsruhe am Main, 13. Oktober. Feuerwehrdemonstrationen in Hochstetten erinnern an solche in Solingen. Es kam zu schweren Angriffen, wobei die Polizei von der Wuppertal-Gebankt werden mußte. Ein Arbeiter wurde getötet, drei schwere Verletzte leicht verletzt. Nach dem Einmarsch der polnischen Besatzungstruppen wurde in der Stadt die Ruhe wieder hergestellt.

Augsburg und Karlsruhe am Main, 13. Oktober. Zusammenstöße, wobei die Gewerkschaften zahlreiche Verluste erlittenen, wurden die Gewerkschaften einzuschlagen wurden.

Kreuznach, 13. Oktober. Es kam zu gewaltvollen Zusammenstößen von Arbeitern. Sechs große Gebäuden brannten wurden geplündert. Die kommunistischen Besatzungstruppen haben über den Ort den Belagerungsstand verhängt.

Düsseldorf, 13. Oktober. Gehörte, in den letzten Wochen immer wieder mehrere Leben mit tödlichen Gewalt an, nach Einträgen der Gewerkschaften geplündert. Die Polizei erwies sich als zu schwach, um den Ausbrechungen Einhalt gebieten zu können.

Große Plünderungen in Düsseldorf. Die Polizei machtlos. — Eingreifen französischer Patrouillen.

Düsseldorf, 13. Oktober. Nach den getirigen Plünderungen in der Wörtherstraße sah man alleinhalb keine mit Schuhn, Kleidungsstücken und Lebensmitteln beworfenen. Das war das Signal zu Plünderungen in anderen Stadtteilen. So wurde in der Münchenerstraße eine Lebensmittelgroßhandlung ausgeraubt, wobei sie Bäumen häufig fortgeschleppt wurden. Die Polizei, die dem Treiben gegenüber zunächst machtlos war, mußte ihre Tätigkeit darauf befrüchten, an einzelnen geplünderten Geschäften Posten aufzustellen, um eine völlige Ausplunderung zu verhindern.

Heute früh wurde in der Elterstraße eine Lebensmittelhandlung die gefürchtet war, vollständig ausgeraubt. Was nicht mitgenommen werden konnte, wurde auf die Straße geworfen. Weichselnde andere Geschäfte wurden in ähnlicher Weise hergenommen. Am Worringerplatz wurden sich einige Geschäftsstücke an französischen Patrouillen um Hilfe, worauf von den Franzosen einige Personen abgeführt wurden. Die Anankunfungen von Menschen in verschiedenen Stadtteilen dauern fort. Zur Peitsche kam es heute vorwiegend zu größeren Anankunfungen von Erwerbslosen; die Polizei war auch hier dem Treiben gegenüber vollkommen machtlos.

Ein 2-Kilogramm-Brot 480 Millionen Mark.

Berlin, 13. Oktober. Nachdem die Brotkosten nunmehr angehoben sind, werden die Bäder und Produktionsbetriebe Berlin vom 15. d. M. an ein Brot im Gewicht von vier Pfund im Tag in Verschleiß bringen, das 480 Millionen Mark kosten wird.

Arbeiterkundgebungen in Sachsen verboten.

Dresden, 13. Oktober. Der Besitzhaber des Wehrkreisomhofes IV hat den für den 14. Oktober nach Chemnitz einberufenen Kongress der proletarischen Arbeiter und Arbeitnehmer aufzuladen verboten, da er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeute. Aus den gleichen Gründen sind die Bauten für den 15. Oktober geplanten Maßnahmen und Versammlungen der Arbeiterschaft und die damit verbundenen Umzüge untersagt worden. Die zuständigen Polizeibehörden sind mit der Durchsetzung dieser Verbote bemüht worden.

Mißglückter Putsch der Sonderbündler.

Mazin, 13. Oktober. Bei einem Feuergefecht zwischen Separatisten, die heute nachts das Stadthaus zu stürmen versuchten, und der dort stationierten Polizeiwache in der Stärke von vier Mann wurden ein Polizeibeamter und einige Separatisten verwundet.

Die amerikanischen Arbeiter gegen die Einwanderung.

London, 13. Oktober. Das Amerikanische Bureau meldet aus Portland (Oregon): Der amerikanische Arbeiterverband hat auf seiner gegenwärtigen Tagung eine Resolution angenommen, wonin der Kongress erachtet wird, strenge Einwanderungsgesetze zu erlassen und die gegenwärtige Einwanderungsquote herabzusetzen.

Tagesneuigkeiten.

Das Bauprogramm der Regierung.

Der Appell der Regierung an die Wirtschaftstreie, Wohnungen zu bauen, blieb nicht ohne Erfolg. Die Banken hellten ihr diesen Appell mit 50 Milliarden an. Durch die entsprechenden Bemühungen wird auch die Industrie eintreten; dieser Beitrag wird von den Banken garantiert. Damit sind 100 Milliarden zum Zwecke von Wohnungen, hauptsächlich in Wien, festgesetzt. Die Verarbeitung der in Bericht kommenden Bauten wird für 1924 in Aussicht gestellt. Außerdem haben die Bauten sich verschärft, die den Wohnbau nach Siedlungsfonds zu zuführenden Anleihen unter Mitwirkung des Staates im Gesamtvertrag von 60 Milliarden Kronen zu übernehmen.

Die Lohnbewegungen.

Die Forderungen der Muster.

An der Feuerküche stand gestern eine Versammlung der Bäuerlichen Muster- und Musterungen statt, in der besprochen wurde, die Erhöhung der Durchschnittsgehalte von 30.000 auf 50.000, Verdienstausweise 60.000 Kronen pro Tag zu setzen. Am Samstagabend findet eine weitere Versammlung im Vereinsheim des Überhöhererger in der Feuerstraße statt. — Vor dem Krieg betrug der Durchschnittsgehalt 8 Kronen, was einem Betrag von rund 120.000 Kronen im Papierkredit entspricht.

Ende der Lohnbewegung in den Theatern.

Gleichsam stand, wie der Bühnenverein mitteilte, eine Ausdrohung zwischen Vertretern des Direktorenverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Bühnenangestellten statt, in der die letzten Diffizienzen, die sich noch aus der Lohnbewegung ergaben, bereinigt würden.

Es tritt im Sinne des Nebenkommens, schweifend vom 1. September, eine etappenweise Erhöhung der Bezahlung um fünf, beziehungsweise sieben und zehn Kronen ein.

Schauspieler und Münster erhalten eine weitere Erhöhung ihrer Bezüge um 4½ Kronen, die jedoch erst bei negativer Abregebnung in Wirklichkeit tritt.

Die Frage der Erneuerung der Schauspielverträge blieb unberührt, doch wurden vom Direktorenverband Versicherungen gegeben, und zwar bis zum 30. Dezember 1923 vom Deutschösterreichischen Bühnenverein, bis zum 15. Januar 1924 vom Münsterverband und von der Union verlängt und von diesen Organisationen auch aufgestanden.

Der Generalstreik der Chauffeure am 21. Oktober. — Intervention der Regierung.

Stammtisch beschloß die Chauffeure in ihrer vorgetrigen Mietverhandlung für den 21. Oktober, den Tag der Wahl, den Generalstreik zu proklamieren, falls bis dahin nicht ihre Forderungen rechts erfüllt seien. Amtes Vermeidung dieses Generalstreiks soll gestern im Minisiterium für Soziales aus Ausprägung mit dem Gesamtvorstande der Metropolit-Union statt Ministerrat Dr. Blaschek erfolgt den Chauffeuren, doch nichts verfügt werde, um den Generalstreik zu vermeiden.

Zur Zeit konterte Bundesminister Schmitz mit den Zeigern der großen Autowirkschaften Wiens, um in diesem Rahmen die Einigung zu erzielen.

Bevorstehendes Ende des Streits in Österreichschlesien.

Wien, 13. Oktober. Der in Polnisch-Oberschlesien infolge der Lebensmittelnoten ausgebrochenen Streit geht seinem Ende zu. Die von den Befreitern der Regierung geschickten Verhandlungen gegen einen neuen Vertrag. Die Arbeit wird wahrscheinlich morgen wieder aufgenommen werden.

Die gestrigen Lebensmittelmärkte.

Rind- und Schweinefleisch billiger.

Kalbfleisch teurer.

Am der Großmarkthalle, die für die Fleischverarbeitung eines Großteiles der Bevölkerung, namentlich an einem Samstag, hauptsächlich in Betrag kommt, war die Preisfindung gegen Wocheende keine einheitliche. Nachdrücklich wurde in vielen Hallen um 1900 Kronen pro Kilogramm und Schweinefleisch um 1950 und jederwohl bis zu 2000 Kronen pro Kilogramm im Preis verzögert. Dagegen hat sich Kalbfleisch ausgedingt des knapperen Angebotes im 2000 Kronen pro Kilogramm verteilten. Großfleisch erhielten sich aus dem bisherigen Niveau. Die Großmarkthalle zeigt, obgleich das vorhergehende Werktag bildeten, auch seitens die Einschätzungen vieler Haushaltungen. — Die Gesamtkosten sind sehr teuer, wie auch Kartoffeln und Kraut. Einzelne Qualitätsausmusterungen sind im Preis angehoben. Ein Verfall der Händler, die Preise für Kartoffeln zu erhöhen, wurde von Martianski verhindert. Für Spätnachmittag ist gegen rege Nachfrage. Obwohl war in genügend Mengen, mit Ausnahme von zweitklassigen, auf allen Märkten. In Geißel und in Bild wird der Absatz ziemlich schwach.

Preise der wichtigsten Lebensmittel in der Großmarkthalle.

	Preise in Kronen	13./10.	6./10.
1 kg Rindfleisch, vordein	15 — 25	17 — 25	
1 kg Rindfleisch, hinteres	20 — 28	22 — 32	
1 kg Rindfleisch	25 — 36	24 — 36	
1 kg Kalbfleisch	25 — 38	25 — 42	
1 kg Schweinefleisch	30 — 46	30 — 44	
1 kg Rilf	30 — 32	30 — 38	
1 kg Margarine	26 — 27	26 — 27	
1 kg Butter	21 — 30	21 — 30	
1 kg Eiweiß	48 — 60	48 — 60	
1 kg Kartoffeln	18 — 22	18 — 22	
1 kg Karoßel	1.2 — 1.4	0.9 — 1.2	
1 kg Küsfler	3 — 3.2	2.2 — 2.6	
1 kg Grüne Brotrolle	7 — 9	7 — 8	
1 kg Weißbrot	2 — 2.2	2 — 2.2	
1 kg Zwetschken	3 — 3.2	3 — 3.2	
1 kg Paradieser	4 — 4.5	2.4 — 3	
1 kg Hirnai	2 — 2.5	2.2 — 3	
1 kg Hühnchen	16 — 2	2 — 2.5	
1 kg Weißküche	7 — 12	8 — 12	
1 kg Kartoffeln	28 — 35	26 — 38	
1 kg Brotjau	14 — 16	13 — 18	
1 kg Eier	18 — 19	18 — 19	
1 kg Frischmilch	44 — 46	44 — 46	
1 kg Butter	11.2 — 12.2	11.4 — 12.2	
1 kg Mehl	5.6 — 6.2	5.6 — 6.2	

Kindermarkt. Nach den bisherigen Auslobungen und Annahmen dürfte jetzt der Antritt auf dem Montag, 15. d. M., bestimmt. Kindermarkt auf circa 3500 bis 3600 Stück belauert. Der Antritt dürfte somit um 900 bis 1000 Stück schwanken, je nach dem Vorigen Montag. Somit wird wahrscheinlich in dieser Woche mit einer Verstärkung des Kindergutes zu rechnen sein.

Die Preise der Kleingartenausstellung.

Heute Sonntag, 9 Uhr vormittags, findet im Festsaal des Rathauses die Verteilung der Preise statt, die anlässlich der Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung gelobt wurden. Die Gemeinde Wien hat besondere Diplome ausgetragen, die eine Kleingartnerfamilie zeigen, die sich ihrer Pflichten freit. Außerdem kommen Medaillen und andere Preise zur Verteilung. Auch der österreichische Verband für

Siedlung- und Kleingartenwesen hat ein in Farben gehaltenes Diplom für die Preisverteilung aufgerichtet. Bürgermeister Neumann wird persönlich die Preisverteilung eröffnen. Gleichzeitig werden 15 Millionen Kronen als Preise für die schönsten und auswendigsten Lauben verteilt werden sowie 15 Diplome und Ehrenmedaillen für die bestangelegten Gesamtcolonien.

Die erste österreichische Segelflugwoche.

Durch den Bundespräsidenten Dr. Hainisch und in Anwesenheit des Befehlshabers Dr. Frau, des Bundesministers Dr. Künbök, Bauvoivod und Generalmajors des Befehlshabers Dr. Bimmermann wurde gestern am Waldberg bei Stockerau die erste österreichische Segelflugwoche eröffnet. Bundesbaudirektor von Niederösterreich Doctor Butsch begrüßte den ersten Bundespräsidenten und die Vertreter der Regierung in einer kurzen Ansprache. Befehlshaber Dr. Bimmermann nahm die Veranstaltung namens der Regierung, Bundespräsident Dr. Hainisch erklärte sodann nach einer kurzen Ansprache die Veranstaltung für eröffnet.

Um erfolgte die Befülligung mehrerer teils schon zum Abflug bereiter, teils in Montage befindlicher Apparate. Den offiziellen Start wurden fünf oder sechs Apparate gezeigt, davon mehrere vom längst abgesetzten Röhrenstart; der Kampfflugzeug Apparat "Drohne" mit dem bekannten Dieter Maranz, dann die Darmstädter Apparate "Edith" mit Herrn Spich und "Karin" auf dem Boden und den letztgenannten fliegten von 19 Kilometer Länge vollzählig u. a.

Um die Segelflugzeuge und erprobten Piloten werden österreichische Apparate mit österreichischen Fliegern dargestellt in Betrieb stehen. Der österreichische Aeroflot zeigt die drei neuen Apparate "Wolfram Krebs und Freya Wel" an den Türen, die Segelflugsektion der Wiener Technischen Hochschule ebenfalls zwei Apparate einen Doppel- und einen Eindecker, auf denen fünf oder sechs Herren, durchwegs ehemalige Fliegerpiloten, versuchen werden. Die Wiener Technische Hochschule einen Eindecker, jenseits haben zwei Konstrukteure, die Herren Stowar und Salomon, je einen Apparat angekündigt. Es werden also 12 bis 14 Apparate an Stelle sein. Leider kam es gestern vormittags nicht zum Fliegen. In den ersten Flugtagstunden meiste ein starker Ostwind, der es unmöglich machte, zu starten. Es wurde erwartet, daß sich um die ersten Flugtagstunden der Wind drehen würde, worauf sich dann sofort die Flügel schwingen wollten.

Die Eisenbahnverbindungen.

Anlässlich der Segelflugwoche, die vom 13. bis zum 21. d. M. am Waldberg in der Nähe von Stockerau abhalten wird, werden von der Bundesbahndirektion Wien-Nord zwei Zugläufe abgedeckt: die Teilnehmer folgende Vorläufe getroffen:

Richtung Wien-Nordwestbahnhof — Stockerau.

Ab Wien-Nordwestbahnhof wird um 7 Uhr 30 Minuten Flugfeldzug in Betrieb gesetzt und nach Bedarf in mehreren Teilen verkehrt; dieser Zug wird nur in Fedelsee, Lang-Enzersdorf und Korneuburg aufenthalt nehmen.

Die jahrläufigen Züge werden verstärkt und nach Bedarf in zwei Teilen verkehren.

Richtung Stockerau — Wien-Nordwestbahnhof — Nordbahnhof.

Ab Stockerau wird um 17 Uhr der Personenzug Nr. 2024, zweiter Teil, als Flugfeldzug nach Wien-Nordbahnhof in Verkehr gelegt. Dieser Zug wird nach Bedarf bis Hauptzollamt verkehren und nur in Federsdorf, Floridsdorf, Wien-Nordbahnhof und Stockerau anhalten. Am Hauptzollamt wird dieser Zug Anschluß an den Zug 2122 (Hauptzollamt) um 17 Uhr 30 Min. gegen Südtirol-Fahrt fahren.

Ab Stockerau wird um 18 Uhr 30 Min. der Personenzug 224 ebenfalls als Flugfeldzug nach Wien-Nordwestbahnhof in Verkehr gesetzt werden.

Die jahrläufigen Züge werden entsprechend verstärkt und nach Bedarf in zwei Teilen verkehren.

Das Heldendenkmal — abgetragen.

Die "Rathaus-Korrespondenz" meldet: Während des Krieges wurde auf dem Centralbahnhof für die gefallenen und verstorbenen Soldaten ein Denkmal errichtet. Eine baupolizeiliche Kommission hat nun festgestellt, daß dieses Denkmal, das nur aus Holz besteht, in bereits bestand befindigt ist, daß es vor dem Eintritt steht, was besonders bei dem starken Bruch des Friedhofs zu Allerheiligen eine Gefährdung der Friedhofsbewohner in sich schließt. Die Gemeinde muß daher über baupolizeilichen Auftrag dieses Denkmals abtragen und es wird auf dem verbleibenden Fügel eine gärtnerische Schmuckanlage errichten.

Der Kaufmännische Gehungverein in Rom. Großer Erfolg des Konzertes. — Empfang beim Papste.

Rom, 13. Oktober. Gestern abends fand im Teatro Costanzi das erste Konzert des Wiener Kaufmännischen Gehungvereines statt, das nach dem Urteil der geladenen Besuch einen großen Erfolg erzielte. Besonders beeindruckend war der Auftritt von Frau Kürma, von denen besonders das altpiaveische Gesangstück "La dolce vita" sehr bewundert wurde. Die Darbietungen des Siegler-Quartetts und des Alt-Wiener Quartetts waren großartig. Eindrucksvoll war der Chor der Chorknaben der Universität Rom mit dem Chor des Gymnasiums der Universität Rom.